

Eurasische Integration nimmt Gestalt an

Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion geschlossen

Hubert Thielicke

Eurasische Wirtschaftsunion, Russland, Belarus, Kasachstan

Mit dem Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion erhält der Integrationsprozess im postsowjetischen Raum eine neue Qualität. Es entsteht eine neue geoökonomische Größe, die über beträchtliche Naturressourcen verfügt, jedoch großen Modernisierungsbedarf hat. Während USA und EU noch nicht bereit sind, die neue Realität anzuerkennen, haben Verhandlungen mit vielen anderen Staaten über Freihandelsabkommen begonnen.

Als Ende Mai in Brüssel der Streit um die Besetzung der AEU-Spitzenämter im vollen Gange war, fand im Zentrum Eurasiens ein bemerkenswertes Ereignis statt. Die Präsidenten von Belarus, Kasachstan und Russland unterzeichneten in Astana am 29. Mai 2014 den Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU). Das Projekt ist nicht neu. Es geht auf einen Vorschlag des kasachischen Präsidenten Nasarbajew zurück. Bereits 1994, in einer Zeit der Stagnation nach dem Zerfall der Sowjetunion, hatte er eine Eurasische Union vorgeschlagen. Die 1991 im postsowjetischen Raum entstandene Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) blieb eine lose Organisation, eine Art Rahmen für elf der ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR. Auf wirtschaftlichem Gebiet kam sie nicht über Freihandelsvereinbarungen hinaus.¹ Als Vorstufe zu weiterführenden Integrationsprojekten gründeten Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan im Jahre 2000 in Astana die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (EAWG), mit Armenien, Moldawien und der Ukraine als Beobachter.²

- 1 Nach einer Reihe bilateraler Freihandelsvereinbarungen zwischen GUS-Staaten unterzeichneten am 18.10.2011 in Sankt Petersburg acht Staaten das Abkommen über eine Freihandelszone im Rahmen der GUS: Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, Russische Föderation, Tadschikistan und Ukraine. Usbekistan schloss sich 2013 an.
- 2 Vgl. zum Integrationsprozess: Thielicke, Hubert (Hrsg.): Die Eurasische Union, Postsowjetischer Traum oder weitreichendes Integrationsprojekt? WeltTrends Spezial 8, Potsdam 2012.



Dr. Hubert Thielicke,
geb. 1949, Politologe,
Mitarbeiter WeltTrends.
thielicke@
pr-medienberatung.de

Die aus Belarus, Kasachstan und Russland als „Integrationskern“ bestehende Zollunion startete 2010, zwei Jahre später begann die Formierung des Einheitlichen Wirtschaftsraums. Als Exekutivorgan diente die 2007 eingesetzte Kommission der Zollunion; mit Vertrag vom 18. November 2011 wurde sie in die Eurasische Wirtschaftskommission (EAWK) umgewandelt. Die am gleichen Tag von den Präsidenten der „Troika“ unterzeichnete Deklaration über die Schaffung des Einheitlichen Wirtschaftsraums stellte gewissermaßen die Roadmap zur Eurasischen Wirtschaftsunion dar, die schließlich zum Abschluss des EAWU-Vertrages führte.³

Das umfangreiche Vertragswerk ersetzt die bisher zu Zollunion und Einheitlichem Wirtschaftsraum vereinbarten Abkommen, ist somit die normativ-rechtliche Grundlage des Integrationsprojektes. Es soll am 1. Januar 2015 in Kraft treten und zu einem gemeinsamen Markt für die freie Bewegung von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskraft führen. Vereinbart wurde, die Politik in Außenhandel und Makroökonomie abzustimmen. Letzteres betrifft vor allem Schlüsselzweige der Wirtschaft wie Energie, Transport, Industrie und Landwirtschaft. Darüber hinaus gibt es Regelungen zu den Finanzmärkten, Steuern, der Währungspolitik, der Migration von Arbeitskräften etc. Den Bestimmungen zum Außenhandel liegen die Normen der Welthandelsorganisation (WTO) zugrunde. Die grundlegenden Vertragsbestimmungen sollen schrittweise durch detaillierte Konzeptionen, Programme und Verträge umgesetzt werden. So ist beispielsweise vorgesehen:

- bis 2025 die Gesetzgebung für den Finanzmarkt zu harmonisieren und danach ein supranationales Organ für die Regulierung des Finanzmarktes in Almaty (Kasachstan) einzusetzen;
- bis 2019 einen gemeinsamen Markt für Elektroenergie zu schaffen;
- bis 2025 gemeinsame Märkte für Gas und Erdöl einzurichten.

Als Grundprinzipien der Organisation werden die souveräne Gleichheit und die territoriale Integrität hervorgehoben. Ersteres findet seinen besonderen Ausdruck in der Zusammensetzung und Entscheidungsfindung der wichtigsten Körperschaften der

3 Die Dokumente des eurasischen Integrationsprozesses finden sich auf www.eurasiancommission.org.

Organisation. An der Spitze stehen der aus den Staatschefs bestehende Höchste Eurasische Wirtschaftsrat und der Eurasische Interregierungsrat der Ministerpräsidenten. Entscheidungen werden im Konsensus getroffen. Damit soll zumindest rechtlich der gewaltige Unterschied zwischen der Russischen Föderation, dem bei Weitem stärksten Mitglied, und den anderen Teilnehmerstaaten ausgeglichen werden. Weitere Organe sind die EAWK (in Moskau) und das Gericht der EAWU (Minsk). Arbeitssprache ist Russisch.

Die EU als Vorbild

Die bisherige Entwicklung der eurasischen Integration und der Inhalt des neuen Vertragswerkes lassen erkennen, dass man weitgehend die Erfahrungen der EU als des am weitesten entwickelten Integrationsraumes berücksichtigte. Das gilt insbesondere für das etappenweise Herangehen: von der Freihandelszone über die Zollunion zum einheitlichen inneren Markt, aber auch hinsichtlich eines supranationalen Organs in Gestalt der EAWK. Sie besteht aus dem Rat mit jeweils einem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Teilnehmerstaaten und dem Kollegium – einem Vorsitzenden und acht „Ministern“, die den Fachressorts vorstehen.⁴ Während der Rat im Konsensus entscheidet, kann das Kollegium auch Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit fassen, d. h. mit zwei Dritteln der Mitglieder.

Im Unterschied zur EU geht es allerdings beim östlichen Projekt auch um eine Re-Integration, denn der heutige postsowjetische Raum war lange Zeit – im Rahmen des Zarenreichs und der UdSSR – ein einheitlicher volkswirtschaftlicher Komplex mit gemeinsamer Infrastruktur und Staatssprache. Das mag auch ein schnelleres Vorgehen im Integrationsprozess möglich machen. Vermieden werden sollen einige offensichtliche Probleme der EU wie die ausufernde Bürokratie. Dem Sekretariat der EAWK gehören etwa tausend Beamte an. Wert gelegt wird auf den Vorrang der Vertiefung vor der Erweiterung. Das verdeutlichen die Bestimmungen über die Aufnahme neuer Mitglieder. Die Union ist offen für Staaten, die ihre Ziele und Prinzipien teilen. Der Höchste Rat entscheidet über einen Aufnahmeantrag. Bei Zustimmung wird

4 Diese acht Fachressorts sind: Integration und Makroökonomie, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Industrie und Landwirtschaft, Handel, Technische Regulierungen, Zölle, Energie und Infrastruktur, Wettbewerb und Antimonopolregulierung.



Weiterlesen:

H. Thielicke (Hrsg.),
Die Eurasische Union
WeltTrends Spezial 8

eine Arbeitsgruppe gebildet, die den Antrag prüft, ein Aktionsprogramm („Roadmap“) für die Mitgliedschaft erstellt und den Beitrittsvertrag aushandelt. Gerechnet wird mit dem Beitritt Armeniens und Kirgistans im Laufe dieses Jahres. Zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme des kleinen zentralasiatischen Landes – niedrige Produktivität und hohe Arbeitslosigkeit – gibt es Hilfsprogramme seitens Russlands und Kasachstans. Zu erwarten ist auch der Beitritt Tadschikistans, ebenfalls ein Land mit großen wirtschaftlichen Problemen, zu denen noch die aus der Grenzlage zu Afghanistan resultierenden kommen. Während für Kirgistan und Tadschikistan die Migration von Arbeitskräften nach Russland hohe Priorität hat, spielen bei Letzterem vor allem geopolitische Überlegungen eine Rolle. Das könnte auch der Fall sein für die „abtrünnigen“ Regionen Georgiens und Moldawiens – Abchasien, Südossetien, Transnistrien, die an der Mitgliedschaft interessiert sind; auch die moldawische Region Gagausien sprach sich bereits gegen die EU-Assoziierung und für die EAWU aus. Ein Problem bei der Aufnahme Armeniens dürfte der Status des von Aserbaidschan abgespaltenen Gebietes Bergkarabach sein.

Aufgrund ihres wirtschaftlichen Potenzials wurde der Ukraine von Anfang an große Bedeutung beigemessen. Bis zur „Orangen Revolution“ 2004 zeigte sie Interesse an der Integration. Unter Präsident Janukowitsch näherte sie sich der Zollunion an und erhielt 2013 Beobachterstatus. Janukowitschs Schaukelpolitik zwischen Zollunion und EU führte schließlich zu den Maidan-Ereignissen, seinem Sturz und der forcierten Annäherung der neuen Kiewer Machthaber an die EU bis hin zum Assoziierungsabkommen mit der EU.⁵ Damit wird eine Dreiteilung des postsowjetischen Raumes deutlich:

Erstens gehen Belarus, Kasachstan und Russland den Weg der wirtschaftlichen Integration, dem sich Armenien, Kirgistan und Tadschikistan anschließen wollen.

Zweitens sind Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan zwar GUS-Mitglieder, sind aber nicht zu weitergehenden Verpflichtungen bereit.⁶

5 Der politische Teil wurde am 21.03.2014 unterzeichnet, der wirtschaftliche Teil am 27.06.2014.

6 Aserbaidschan und Turkmenistan sind insbesondere durch ihre Erdöl- und Gasressourcen in einer besonderen Position. Usbekistan trat zwar aus der Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) aus, schloss sich jedoch 2013 dem GUS-Freihandelsabkommen an. Als im November 2013 der Senatsvorsitzende Sobirov erklärte, der Anschluss an die Zollunion werde erwogen, wurde das von Präsident Karimov zurückgewiesen.

Drittens wurden Estland, Lettland und Litauen Mitglieder der EU; Georgien, Moldawien und die Ukraine schlossen mit ihr Assoziierungsabkommen.

Ein neuer geoökonomischer Faktor

Mit einer Reihe von Staaten laufen derzeit Verhandlungen und Kontakte zu Freihandelsabkommen. Etwa 40 Vorschläge für den Abschluss solcher Verträge sollen vorliegen, darunter seitens der EFTA,⁷ von Vietnam, Israel, Indien, Chile, Peru.⁸ Eine wichtige Rolle spielt die weitere Ausgestaltung der Kooperation mit China. Bereits 2012 vereinbarten die EAWK und das chinesische Wirtschaftsministerium, die Zusammenarbeit in Handelsfragen zu verstärken. Mit der EAWU entsteht eine neue geoökonomische Größe mit etwa 170 Millionen Menschen und einer Fläche von 20 Millionen Quadratkilometern, etwa 15 Prozent der Landfläche der Erde. Ihre Stärke sind die riesigen Rohstoffvorkommen. Immerhin verfügt sie über etwa ein Viertel der entdeckten Bodenschätze sowie ein Fünftel der Erdgas- und 15 Prozent der Erdölvorräte der Erde und ist damit der größte Exporteur von Energierohstoffen.⁹

Hinsichtlich Wirtschaftskraft liegt sie aber noch weit hinter EU, USA und China zurück. Die industrielle Basis bedarf der Modernisierung und damit nicht zuletzt auch der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem der EU, die ihr größter Handelspartner ist. Die Integration führte bisher zum Anstieg des Handels innerhalb der „Troika“. In den vergangenen drei Jahren nahm der gegenseitige Warenaustausch um 50 Prozent zu, wie Präsident Putin am 29. Mai in Astana erklärte. Belarus und Kasachstan würden damit gemeinsam nach der EU und China den dritten Platz im Außenhandel Russlands einnehmen.¹⁰ Erste Fortschritte wurden erreicht bei der Diversifizierung des Handels zwischen den drei Staaten; so habe sich der Anteil hochtechnologischer Produkte von 28,9 auf 40 Prozent erhöht.¹¹

7 EFTA-Mitglieder sind: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz.

8 Vgl. Rede von Präsident W. Putin auf der Tagung des Höchsten Eurasischen Wirtschaftsrates am 5. März 2014; www.eng.kremlin.ru/transcripts/6768 (abgerufen am 03.07.2014).

9 www.eurasiancommission.org/en/Pages/ses.aspx (abgerufen am 03.07.2014).

10 Vgl. www.eng.kremlin.ru/transcripts/22404 (abgerufen am 03.07.2014).

11 Vgl. Rede von Präsident Putin am 5. März 2014, a.a.O.

Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft

■ Mitgliedstaaten

□ Staaten mit Beobachterstatus



Dabei darf man nicht übersehen, dass das Integrationsprojekt noch ganz am Anfang steht und mit vielen Problemen zu kämpfen hat:

- die Strukturen der EAWG, die zum 1. Januar 2015 ihre Tätigkeit einstellen soll, müssen in die Wirtschaftsunion überführt werden;
- parallel dazu laufen die Vorbereitung des Beitritts weiterer Staaten und die Gespräche zum Abschluss von Freihandelsvereinbarungen;
- Meinungsverschiedenheiten über einzelne Aspekte der Integration zwischen den Mitgliedern müssen ausgeräumt, Fälle des nationalen Protektionismus und noch bestehende Ausnahmen überwunden werden;
- Probleme ergeben sich auch aus den unterschiedlichen Wirtschaftsmodellen: Während in Russland und Kasachstan weitgehende Marktwirtschaft besteht, hält Belarus an einer Art Planwirtschaft fest.

Im Westen vor Kurzem noch als „Integrationstheater“ abgetan, wird die EAWU heute eher als ein „Gegenprojekt zur EU“ angesehen. Oft wird sie gar apostrophiert als eine „neue UdSSR“

unter russischer Dominanz“. So bezeichnete die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton 2012 das Projekt als einen Versuch, „die Region zu re-sowjetisieren“. Die USA würden nach „effektiven Wegen suchen, das zu verlangsamen oder zu verhindern“. ¹² Während die USA so offen gegen das Projekt auftreten, stellt sich die Lage im Hinblick auf die EU differenzierter dar. Verhandlungen zwischen den Organisationen lehnt Brüssel bisher ab, ist nur bereit, mit den einzelnen Ländern der Zollunion zu verhandeln. Gleichzeitig schiebt sie ihre Einfluss-sphäre weiter in den postsowjetischen Raum vor, so durch die Assoziierungsverträge mit Georgien, Moldawien und der Ukraine. EU-Erweiterungskommissar Füle sprach bereits von einer langfristigen Beitrittsperspektive. Ende Juni befürwortete er, dass diese Staaten zumindest „Teil der EU im ökonomischen Sinne“ werden sollten. ¹³

Russland ist zwar die überragende Wirtschaftsmacht der Union, was durchaus zu Problemen und Widersprüchen im eurasischen Integrationsprozess führt, von einem Aufleben der alten Sowjetunion kann aber nicht die Rede sein. Wie der EAWU-Vertrag zeigt, ist das Projekt bisher ausschließlich auf eine wirtschaftliche Integration ausgerichtet, eine politische Integration wurde nicht ins Auge gefasst. Das ist offensichtlich auch darauf zurückzuführen, dass Belarus und Kasachstan derzeit nicht zu weitergehenden Schritten in Richtung auf eine politische Eurasische Union bereit sind, sie betonen vielmehr die staatliche Unabhängigkeit und politische Souveränität der Mitgliedstaaten.

Angesichts ihrer pragmatischen Orientierung auf wirtschaftliche Interessen und Projekte könnte die EAWU zu einer „Brücke“ zwischen der EU und der sich rasant entwickelnden asiatischen Wirtschaftsregion werden. Darauf ist das bereits vor geraumer Zeit von Wladimir Putin vorgeschlagene Projekt eines gemeinsamen Wirtschaftstraums von Lissabon bis Wladivostok gerichtet. Die EU war allerdings bisher nicht bereit, das ernsthaft zu diskutieren. Im Gegenteil, Brüssel verweigert sich nach wie vor nicht nur einer direkten Zusammenarbeit mit dem östlichen Integrationsprojekt, sondern scheint – wie der



Weiterlesen:
Russland und Wir
WeltTrends 89

12 AP-Meldung vom 06.12.2012, <http://bigstory.ap.org/article/clinton-fears-efforts-re-sovietize-europe> (abgerufen am 03.07.2014).

13 www.euractiv.com/sections/enlargement/fule-bulgaria-and-romanas-accession-questioned-credibility-eu-enlargement (abgerufen am 03.07.2014).

Fall Ukraine zeigt – eher auf Konfrontation zu setzen. Damit stellt sich nicht nur die Frage, wer die gewaltigen Mittel aufbringen soll, um die Ukraine zu sanieren. Es wird auch eine große Chance vergeben, den gewaltigen eurasischen Raum von Lissabon und Wladiwostok im Norden bis Neu-Delhi und Peking im Süden weiter wirtschaftlich zu verbinden. An Ideen mangelt es nicht, verwiesen sei nur auf Infrastrukturprojekte wie den „Transeurasischen Gürtel“.¹⁴

14 Die von Wissenschaftlern Russlands, Italiens und anderer Staaten entwickelte Idee des „Transeurasischen Gürtels“ beinhaltet den Transfer und die gemeinsame Nutzung neuer industrieller Technologien und soziokultureller Systeme, den Bau neuer Verkehrsverbindungen, Wissenschaftszentren und Städte von Europa bis zum Pazifik, was gewaltige Investitionen voraussetzen, aber auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen schaffen würde. Vgl. Transeurasian Corridor Razvitie. Milan Memorandum, 07. bis 08. November 2012. <https://www.yumpu.com/en/document/view/11866073/trans-eurasian-corridor-of-razvitie-the-milan-stage-a-new-> (abgerufen am 07.07.2014).

**WENN
NIEMAND
MEHR ÜBER
DEN KRIEG
IN SYRIEN
BERICHTET,
IST DANN
AUTOMATISCH
FRIEDEN?**



REPORTER OHNE GRENZEN E.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE
SPENDENKONTO IBAN: DE26 1009 0000 5687 7770 50 - BIC: BEVO3333

**REPORTER
OHNE GRENZEN**
FÜR INFORMATIONSGREIHEIT
[20 JAHRE]